

Referentenentwurf des Gebäudemodernisierungsgesetzes

Klimaschädlich und teuer für Mieter!

Bund für Umwelt und Naturschutz: „klimapolitische Bankrotterklärung“

Greenpeace: „Referentenentwurf begräbt die Klimaziele im Gebäudesektor“

WWF Deutschland: „Der Entwurf verschweigt systematisch, was steigende Biomethanpreise und mangelnde Verfügbarkeit für Millionen Haushalte bedeutet.“

Öl- und Gasheizungen sollen weiterhin erlaubt bleiben, müssten aber ab Januar 2029 zu mindestens 10 Prozent der Wärme mit „klimafreundlicheren“ Brennstoffen betrieben werden. Ab 2030 soll der Anteil 15 Prozent, ab 2035 mindestens 30 Prozent und ab 2040 mindestens 60 Prozent betragen.

Damit wird das Ziel der Klimaneutralität (Deutschland bis 2045, Schleswig-Holstein bis 2040, Norderdithmarschen bis 2035) durch Qatar-ina Reiche ausgehebelt.

CO₂-Emissionen in g/kWh im Vergleich:

Braunkohle:	1.150
Erdgas:	819
Biogas:	230
Photovoltaik:	50
Windenergie:	23
Wasserkraft:	18

Biogas ist 10 x klimaschädlicher - und auch teurer - als Strom aus Windkraft. Eine solche klimaschädliche Anlage ist im Norderdithmarscher Gewerbegebiet geplant.

Eine mit Ökostrom betriebene Wärmepumpe wird für Verbraucher deutlich günstiger und schützt vor unkalkulierbaren Risiken fossiler Brennstoffe.

Vermieter:innen und Mieter:innen sollen lt. Entwurf die Mehrkosten der Biobrennstoffe je zur Hälfte tragen (bis 30% Biobrennstoffe), ab 2040 erhöht sich der Anteil jedoch für die Mieter:innen.

Wir fordern daher eine ganzheitliche Wärmewende, die Anreize für den Umstieg auf nachhaltige Heizsysteme schafft, Mieter:innen vor fossilen Kostenfallen schützt und durch gezielte Förderprogramme eine faire und praktikable Umsetzung ermöglicht.